

Arbeitsverweigerer im Bürgergeld Verfassungskonformität der Regelung im Gesetzentwurf zum 2. Haushaltsfinanzierungsgesetz 2024

I. Einigungspapier zum Bundeshaushalt

Im Einigungspapier der Bundesregierung zum Bundeshaushalt 2024 ist festgehalten: „Durch Veränderungen beim Bürgergeld (Streichung Bürgergeld-Bonus und Sanktionen Totalverweigerer) werden Mittel in Höhe von 250 Millionen Euro erwirtschaftet.“ („Haushalt 2024: Ein Paket für zukunftsfeste Finanzen, soziale Sicherheit und Zukunftsinvestitionen vom 19. Dezember 2023“)

II. Regierungsintern abgestimmter Regelungsentwurf

Der Regelungsentwurf sieht vor, dass der Leistungsanspruch in Höhe des Regelbedarfes entfällt, wenn eine **zumutbare** Arbeit nicht angenommen wird und vorher bereits gegen eine Pflicht zur Aufnahme einer Arbeit verstoßen oder z.B. ein Arbeitsverhältnis grundlos gekündigt wurde. Die **Möglichkeit der Arbeitsaufnahme** muss **tatsächlich und unmittelbar** bestehen und die erwerbsfähige leistungsberechtigte Person muss sich **willentlich und grundlos weigern**, diese zumutbare Arbeit anzunehmen oder aufzunehmen.

III. Urteil des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) vom 5. November 2019 (1 BvL 7/16)

Der Regelungsvorschlag steht im Einklang mit dem Urteil des BVerfG, das entschieden hat, dass der Staat grundsätzlich Leistungsminderungen zur Durchsetzung von Mitwirkungspflichten einsetzen darf. Der soziale Rechtsstaat ist darauf angewiesen, dass Mittel der Allgemeinheit, die zur Hilfe für deren bedürftige Mitglieder bestimmt sind, nur in Anspruch genommen werden, wenn **wirkliche Bedürftigkeit** vorliegt. Über die mit dem Bürgergeld-Gesetz zum 1. Januar 2023 in Kraft getretene Neuregelung hinaus hat das BVerfG auch einen vollständigen Wegfall der Leistungen in bestimmten Fallkonstellationen als möglich erachtet: „Wird eine solche **tatsächlich existenzsichernde und im Sinne des § 10 SGB II zumutbare Erwerbstätigkeit ohne wichtigen Grund im Sinne des § 31 Absatz 1 Satz 2 SGB II willentlich verweigert, obwohl im Verfahren die Möglichkeit bestand, dazu auch etwaige Besonderheiten der persönlichen Situation vorzubringen, die einer Arbeitsaufnahme bei objektiver Betrachtung entgegenstehen könnten, ist daher ein vollständiger Leistungsentzug zu rechtfertigen.**“ (Randziffer 209 des Urteils).

IV. Verhältnismäßigkeit der Regelung

1. Höhe der Minderung

Der Wegfall der Leistungen ist auf den Regelbedarf begrenzt. Eine Kürzung der Kosten der Unterkunft und Heizung wäre mit dem im Urteil besonders hervorgehobenen Schutz vor einem Wohnungsverlust nicht zu vereinbaren. Es widerspräche dem Zweck des SGB II, wenn die Betroffenen die Grundlagen dafür verlören, überhaupt wieder in Arbeit zu kommen. Ebenso ist eine Minderung der für bestimmte Zwecke vorgesehenen Mehrbedarfe (bspw. bei Schwangerschaft) ausgeschlossen. Der Wegfall des Regelbedarfs ist gerechtfertigt, da der bürgergeldbeziehenden Person ein **konkretes zumutbares Arbeitsangebot** vorliegt, dass von ihr jederzeit angenommen werden kann, um die eigene Existenz zu sichern.

2. Elemente der Verhältnismäßigkeit nach BVerfG

Die vom BVerfG geforderten **Elemente der Verhältnismäßigkeit** finden auch im Falle des vollständigen Wegfalls der Leistungen Anwendung. Dies beinhaltet die Möglichkeit der **nachträglichen Mitwirkung** (§ 31a Absatz 1 Satz 6 SGB II), die in diesem Fall ausschließlich in der Annahme des konkret zur Disposition stehenden Arbeitsangebotes

bestehen kann, die Möglichkeit der **persönlichen Anhörung** (§ 31a Absatz 2 SGB II) und die **Härtefallprüfung** (§ 31a Absatz 3 SGB II). Ebenso ist zu prüfen, ob die Leistungsberechtigten einen **wichtigen Grund** für ihr Verhalten darlegen und nachweisen (§ 31 Absatz 1 Satz 2 SGB II), denn Betroffene müssen die Möglichkeit haben, etwaige Besonderheiten der persönlichen Situation vorzubringen, die einer Arbeitsaufnahme bei objektiver Betrachtung entgegengestanden haben.

3. Zusätzliches Element der Verhältnismäßigkeit - Wiederholte Arbeitsverweigerung

Der Regierungsentwurf enthält mit dem Erfordernis einer **wiederholten Arbeitsverweigerung** eine weitere Voraussetzung für den Wegfall des Regelbedarfs. Das bedeutet, dass der Entzug des kompletten Regelbedarfs nur dann greift, wenn das Bürgergeld wegen einer Pflichtverletzung nach § 31 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 SGB II (Ablehnung der Aufnahme oder Fortführung eines Arbeits- oder Ausbildungsverhältnisses), § 31 Absatz 2 Nummer 3 SGB II oder § 31 Absatz 2 Nummer 4 SGB II (Sperrzeittatbestände nach dem SGB III, z.B. Kündigung) innerhalb des letzten Jahres gemindert war.

4. Kriterium der Existenzsicherung

Im Einklang mit den Zielen des SGB II, die Hilfebedürftigkeit zu vermeiden oder zu beseitigen, die Dauer zu verkürzen oder den Umfang zu verringern (§ 1 Absatz 2 Satz 4 Nummer 1 SGB II), ist es nicht Voraussetzung für den Wegfall des Regelbedarfes, dass die angebotene Arbeit zu einer unmittelbaren Überwindung der Hilfebedürftigkeit führt. Andernfalls wäre der Leistungsentzug von der Größe der Bedarfsgemeinschaft und den dort zu diesem Zeitpunkt bestehenden Einkommensverhältnissen abhängig. Eine solche Ungleichbehandlung sollte vermieden werden. Auch im Falle eines die Hilfebedürftigkeit nicht überwindenden Arbeitsangebotes ist die Existenzsicherung über erwerbsaufstockendes Bürgergeld sichergestellt.

V. Fazit

Die Regelung steht im Einklang mit den Vorgaben des BVerfG und sichert somit die aufgrund der Eingriffstiefe gebotene Verhältnismäßigkeit der Regelung im Einzelfall.